

WOCHENBERICHT

DES

INSTITUTS FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG

HERAUSGEBER: PROF. DR. ERNST WAGEMANN

10. JAHRGANG

BERLIN, DEN 2. JUNI 1937

NUMMER 22

Nachdruck und Vervielfältigung sowie schriftliche, telegraphische und telephonische Verbreitung — auch auszugsweise — ohne besondere Genehmigung nicht zulässig

Die Zahlen der Woche

Steuereinnahmen der öffentlichen Verwaltung und Beitragseinnahmen der Sozialversicherung

Die Steuereinnahmen der öffentlichen Verwaltung haben im letzten Rechnungsjahr 1936/37 mit über 15 Milliarden RM das Ergebnis des Krisenjahres 1932/33 um rd. 50 v.H. überschritten. Auch das Aufkommen des bisher günstigsten Jahres 1929/30 ist im ganzen jetzt schon um etwa 1½ Milliarden RM übertroffen worden. Dieses Ergebnis ist in der Hauptsache durch das Mehraufkommen an Umsatz-, veranlagter Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer bedingt.

Nicht so stark wie bei den Reichssteuern tritt die Besserung bei den Landes- und Gemeindesteuern in Erscheinung, weil diese Steuern (in der Hauptsache Realsteuern) weniger von dem Auf und Ab der Wirtschaft betroffen werden, weil ferner inzwischen die Hauszinssteuer um 25 v.H. gesenkt wurde und die Schlacht- und Stempelsteuer auf das Reich überführt worden sind.

Die Sozialversicherungsbeiträge spiegeln deutlich die Zunahme des Einkommens aus Lohn und Gehalt.

Einnahmeart	Rechnungsjahre (April bis März)							April bis Dez.		Jan. bis März	
	1928/29	1929/30	1932/33	1933/34	1934/35	1935/36	1936/37	1935	1936	1936	1937
	Mill. RM										
I. Reichssteuern und Zölle	9 022,7	9 171,7	6 647,0	6 846,2	8 222,8	9 654,1	11 473,0	7 190,4	8 584,6	2 463,7	2 888,4
davon Umsatzsteuer ¹⁾	999,8	1 013,2	1 354,4	1 516,2	1 872,5	2 020,0	2 389,1	1 487,9	1 759,0	532,1	630,1
Veranlagte Einkommensteuer ²⁾	1 524,2	1 441,1	543,2	520,1	774,8	1 074,9	1 583,5	809,0	1 243,1	265,9	340,4
Lohnsteuer ³⁾	1 414,6	1 396,1	748,5	730,1	899,4	1 361,7	1 544,4	1 012,9	1 148,2	348,8	396,3
Körperschaftsteuer ⁴⁾	608,3	558,5	105,8	210,0	319,5	592,7	1 046,7	451,3	791,5	141,4	255,3
Vermögensteuer	450,7	542,2	330,3	307,3	303,4	303,0	359,8	226,4	268,3	76,6	91,5
Güterbeförderungsteuer	168,3	176,5	85,1	94,5	111,7	119,9	135,7	91,6	100,8	28,3	34,9
Tabaksteuer	870,5	914,4	762,0	742,9	802,6	812,9	840,7	617,6	638,4	195,3	202,4
II. Landes- und Gemeindesteuern ⁵⁾	4 200,0	4 300,0	3 521,2	3 734,6	3 610,9	3 611,1	—	¹¹⁾ 2 301,3	¹¹⁾ 2 528,9	¹¹⁾ 815,0	—
III. Beitragseinnahmen der Sozialversicherung											
Beiträge zur Arbeitslosenversicherung	835,9	886,0	992,2	1 007,3	1 217,7	1 364,1	1 538,6	1 024,2	1 159,6	339,9	379,0
Abgabe zur Arbeitslosenhilfe	—	—	329,0	526,7	⁶⁾ 262,8	—	—	—	—	—	—
	Kalenderjahre							April bis Dez.		Jan. bis März	
	1928	1929	1932	1933	1934	1935	1936	1935	1936	1936	1937
	Mill. RM										
Beiträge zur:											
Krankenversicherung ⁷⁾	2 074,3	2 241,2	1 169,1	1 129,1	1 238,9	1 354,9 ¹⁰⁾	1 478,7	—	—	—	—
Unfallversicherung	377,4	406,3	310,2	305,0	337,9	352,7 ¹⁰⁾	370,0	—	—	—	—
Invalidenversicherung	1 075,8	1 092,0	642,2	678,7	896,7	945,3 ¹⁰⁾	1 044,1	731,0	809,2	234,9	—
Angestelltenversicherung	317,2	372,4	287,7	287,8	317,0	357,5	406,2	271,9	309,0	97,2	109,1
Knappschaftl. Pensionsversicherung	222,1	192,3	93,2	94,2	109,5	124,9 ¹⁰⁾	136,5	91,6	103,6	32,9	—

¹⁾ Ab 1. Jan. 1932 von 0,85 auf 2 v. H. erhöht; ab 1. Okt. 1933 landwirtschaftl. Umsatzsteuer von 2 auf 1 v. H. gesenkt; ab 1. Jan. 1935 Umsatzsteuer für lagerhaltenden Binnengroßhandel von 2 auf 1½ v. H. gesenkt. — ²⁾ Ab 1. Juli 1933 Steuervergünstigung für Hausgehilfinnen; seit 1. Jan. 1935 einschl. Ehestandshilfe und Abgabe zur Arbeitslosenhilfe. — ³⁾ Seit 1933 Ermäßigungen für Instandsetzungen und Ergänzungen an Gebäuden, für zivilen Luftschutz und Sanitätsdienst, für Ersatzbeschaffungen; seit 1. Jan. 1935 Steuerbefreiung für kurzlebige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens. — ⁴⁾ Ab 1. Jan. 1935 einschl. Körperschaftsteuer der öffentl. Betriebe. — ⁵⁾ Durch Ges. v. August 1936 für 1936 um 25 v. H. und für 1937 um 50 v. H. erhöht. — ⁶⁾ Grundsteuer für Landwirtschaft und Neuhausbesitz ab 1. Okt. 1933 gesenkt, Hauszinssteuer ab April 1932 um 20 v. H. und ab April 1935 um 25 v. H. gesenkt; bei der Bürgersteuer seit 1933 Freigrenze mehrfach erhöht, Familienermäßigung neu eingeführt; Stempelsteuer ab 1. Juli 1936 (als Urkundensteuer), Schlachtsteuer ab 1. Mai 1934 als Reichssteuern erhoben. — ⁷⁾ Einschl. Ersatzkassen. — ⁸⁾ Ab 1. Jan. 1935 mit den Einkommensteuern zusammen vom Reich erhoben. — ⁹⁾ Ohne Nachtrags-Posten. — ¹⁰⁾ Vorläufige Zahlen. — ¹¹⁾ Ohne die kleinen Gemeinden unter 5000 Einwohnern.

Die Reform der Sozialversicherung

Zum Wiederaufbau der sozialen Rentenversicherungen

Mit den sozialen Rentenversicherungen hatte Deutschland als erstes Land der Welt schon frühzeitig eine vorbildliche Lösung der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung für

Arbeiter und Angestellte geschaffen. Die Invalidenversicherung, die seit dem Gesetz über den Aufbau der Sozialversicherung (5. 7. 1934) richtiger „Rentenversicherung der Arbeiter“ heißt,

ist schon 1889 unter Bismarck eingerichtet worden, die Angestelltenversicherung (jetzt „Rentenversicherung der Angestellten“) im Jahre 1911. Beide Versicherungen arbeiteten vor dem Kriege und auch noch bis zur Inflation nach dem für eine Rentenversicherung selbstverständlichen Grundsatz der Anwartschaftsdeckung.

Anwartschaftsdeckung und Umlageverfahren

Bei dem Anwartschaftsdeckungsverfahren werden die Beiträge so bemessen, daß sie bei stets gleicher Höhe die Ansprüche nicht nur der gegenwärtigen Rentenbezieher, sondern auch die Anwartschaften aller derzeitigen und künftig voraussichtlich zu erwartenden Mitglieder decken. Da bei jungen Rentenversicherungen die Ansprüche auf die Leistungen aus dem Versicherungsfall zunächst nur langsam wachsen, entstehen bei diesem Deckungsverfahren aus den gleichbleibenden Beiträgen eine längere Zeit hindurch erhebliche Überschüsse, die sich zu dem Rücklagevermögen ansammeln. Aus den Zinsen dieses Vermögens können dann in einem späteren Stadium die über die jeweils aufkommenden Beitragseinnahmen hinauswachsenden Rentenausgaben so lange bestritten werden, bis sich mit dem sogenannten „Beharrungszustand“ die Zu- und Abgänge von Rentenansprüchen etwa ausgleichen.

Die Inflation hat diese Vermögensrücklage der Rentenversicherungen bis auf einen unbedeutenden Aufwertungsbetrag zerstört. Vor allem die Deckungsgrundlage der älteren Invalidenversicherung wurde völlig zerrüttet. Ein Neuaufbau nach dem Anwartschaftsdeckungsprinzip hätte 1924 sehr hohe Beiträge erfordert, die der Wirtschaft damals nicht zuzumuten waren. Man begnügte sich deshalb zunächst damit, die Versicherungen nach dem „Umlageverfahren“ weiterzuführen, bei dem die Beitragspflichtigen nur etwa die Ausgaben der Gegenwart decken. Die notwendige Rückkehr zur Anwartschaftsdeckung wurde aber auch in den Jahren des Wirtschaftsaufschwungs von 1927/1929, in denen sie an sich möglich gewesen wäre, nicht nur versäumt, sondern darüber hinaus wurde die Lage der Rentenversicherungen noch weiter geschwächt, indem die Leistungen wiederholt erhöht wurden.

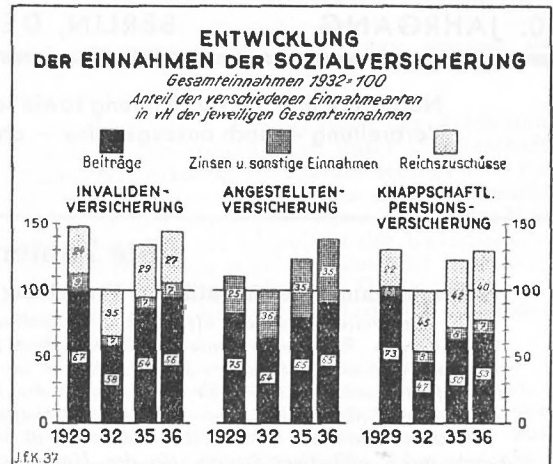
Die Entwicklung in der Wirtschaftskrise

Es ist nicht verwunderlich, daß die Wirtschaftskrise vor allem die mit unzureichenden Rücklagen ausgestattete Invalidenversicherung sehr bald in ernste Schwierigkeiten brachte. Die Beitragseinnahmen gingen von 1092 Mill. *RM* (1929) auf 642 Mill. *RM* (1932) zurück, während die Ausgaben der Invalidenversicherung noch ständig stark anstiegen (von 1324 Mill. *RM* im Jahre 1929 auf 1520 Mill. *RM* im Jahre 1931). Durch die rigorosen Leistungskürzungen der Notverordnung von 1931 sind die Ausgaben zwar auf 1289 Mill. *RM* (1932) herabgedrückt worden, es verblieb aber trotz der hohen Reichszuschüsse 1932 ebenso wie 1931 immer noch ein Fehlbetrag von 185 Mill. *RM*.

Das gesamte Rücklagevermögen der Invalidenversicherung verminderte sich durch die jährlichen Fehlbeträge von 1637 Mill. *RM* (1930) auf 1267 Mill. *RM* (1932), d. h. es ging seit 1931 unter den Betrag zurück, der für ein einziges Jahr an laufenden Ausgaben aufzuwenden war. Eine versicherungstechnische Bilanz für den 1. Januar 1933 berechnete den versicherungstechnischen Fehlbetrag bei der Invalidenversicherung auf 12,4 Mrd. *RM*.

Bei der Angestelltenversicherung als einer noch verhältnismäßig jungen Versicherung trat die fehlende Deckungsgrundlage nicht so deutlich

in Erscheinung. Die während der Krise ebenfalls rückläufigen Beitragseinnahmen wurden zum Teil durch die steigenden Zinseinnahmen ersetzt, so daß hier die Krise nur in verminderten jährlichen Überschüssen zum Ausdruck kam (von 310 Mill. *RM* im Jahre 1929 auf 183 Mill. *RM* im Jahre 1932). Aber auch die Angestelltenversicherung hatte Anfang 1933 schon einen versicherungstechnischen Fehlbetrag von 2,5 Mrd. *RM*.



Noch ungünstiger war Anfang 1933 der Zustand der Knappschaftlichen Pensionsversicherung, der 1923 aus den ehemaligen landesrechtlichen Knappschaftskassen entstandenen zusätzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten im Bergbau. Hier war es nicht möglich gewesen, bis zum Ausbruch der Krise, d. h. von 1924 bis 1929, nennenswerte Rücklagen zu bilden (1929 erst 177 Mill. *RM* bei Gesamtausgaben von 232 Mill. *RM* für dieses Jahr). Außerdem sank mit dem besonders scharfen Rückgang der Beschäftigung im Bergbau seit 1929 das Beitragsaufkommen weit stärker als bei den anderen Rentenversicherungen (von 222 Mill. *RM* im Jahre 1928 auf nur 93 Mill. *RM* im Jahre 1932).

*

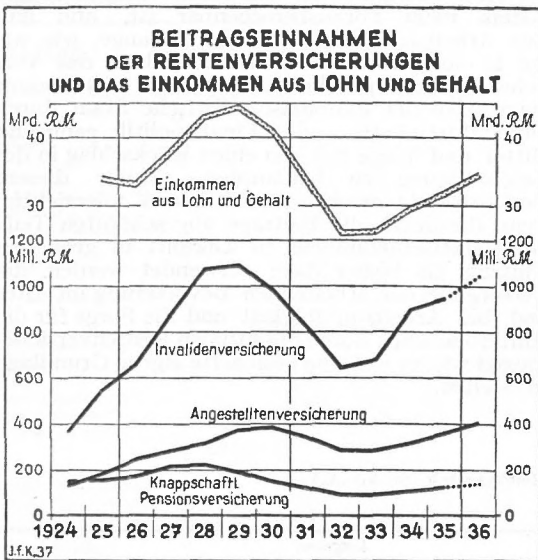
Die Lage der sozialen Rentenversicherungen war also äußerst beunruhigend, als die jetzige Reichsregierung die Staatsführung und damit auch die Verantwortung für die deutsche Sozialversicherung übernahm. Bei der großen Bedeutung, die die sozialen Rentenversicherungen gerade in Deutschland in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung im Laufe einer langen Entwicklung erlangt hatten, war es selbstverständlich, daß dieses soziale Gemeinschaftswerk des schaffenden Volkes in irgend einer Form erhalten werden mußte. Erwogen wurde eine zeitlang nur, ob die Arbeiter und Angestellten im Alter oder bei Invalidität und ihre Hinterbliebenen bei dem Ableben ihres Ernährers besser durch das bisherige Versicherungsprinzip oder durch eine neu aufzubauende Staatsbürgerversorgung zu sichern wären. Nachdem man sich aus guten Gründen für die Beibehaltung des Versicherungsprinzips entschieden hatte, bestimmte die Reichsregierung schon in dem Gesetz zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Invaliden-, der Angestellten- und der Knappschaftlichen Pensionsversicherung vom 7. 12. 1933, daß zunächst die beiden allgemeinen Zweige der sozialen Rentenversicherung durch den Übergang zum Anwartschaftsdeckungsprinzip sobald wie möglich wieder auf eine eigene gesunde Grundlage zu stellen seien. Für die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten ist dafür der Zeitpunkt vorgesehen worden, in dem es mit dem

Rückgang der Arbeitslosigkeit möglich sein würde, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu senken und die Beiträge zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten entsprechend zu erhöhen. Eine endgültige Sanierung der Knappschaftlichen Pensionsversicherung mußte zunächst der Zukunft vorbehalten bleiben¹⁾.

Nach dem Sanierungsplan für die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, der auf der Annahme aufgebaut war, daß die Arbeitslosigkeit wieder auf den Stand von 1929 zurückgehen, in den Löhnen und Gehältern aber gegenüber Anfang 1933 keine Änderung eintreten würde, ist für beide Versicherungszweige eine Erhöhung des Beitragssatzes um $1\frac{1}{2}$ bis 2% (des Einkommens) ab 1933 als erforderlich bezeichnet worden, um sämtliche Anwartschaften künftig decken zu können. Wenn die Beitragsübertragung demnächst — in jedem Fall also gegenüber dem Plan verspätet — durchgeführt werden sollte, wird der inzwischen eingetretene Ausfall bei der Bemessung der Beitragshöhe in irgend einer Form berücksichtigt werden müssen.

Die Entwicklung seit 1933

In dem Maße, in dem sich das Einkommen aus Lohn und Gehalt seit 1933 mit der Zunahme der Beschäftigten, der Arbeitszeit und der Arbeitsverdienste erhöht hat, sind naturgemäß auch die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung ge-



stiegen. Bei der Rentenversicherung der Arbeiter haben die Beitragseinnahmen 1936 mit 1044 Mill. RM die von 1932 (642 Mill. RM) um 63 v. H. überschritten und schon fast wieder die des bisher günstigsten Jahres 1929 (1092 Mill. RM) erreicht. Die Rentenversicherung der Angestellten hat 1936 mit 406 Mill. RM (1932 288 Mill. RM) sogar schon 34 Mill. RM mehr aus Beiträgen vereinnahmt als 1929 und damit das bisher überhaupt höchste Beitragsaufkommen seit ihrem Bestehen erzielt.

¹⁾ Die große Rolle, die die Kohle als Grundstoff im Rahmen des Vierjahresplans spielt, läßt die künftige Entwicklung des deutschen Bergbaus und damit auch der Knappschaftlichen Pensionsversicherung heute weit günstiger erscheinen, als noch vor wenigen Jahren für möglich gehalten worden wäre.

Die Beitragseinnahmen sind aber, solange die Versicherungsträger noch nicht über eine ausreichende Vermögensrücklage verfügen — was in Deutschland für absehbare Zeit noch nicht der Fall sein wird —, für die Gesundung der sozialen Rentenversicherungen entscheidend. Sie sind mit etwa zwei Drittel der gesamten Einnahmen vorläufig noch immer das Rückgrat der Einnahmeseite bei beiden Rentenversicherungen. Bei der Angestelltenversicherung steigen zwar die Zinserträge mit der wachsenden Vermögensanreicherung allmählich an. Bei der Invalidenversicherung dagegen sind die Zinseinnahmen bisher überhaupt noch unbedeutend (7 v. H. der Gesamteinnahmen); hier spielen die Reichszuschüsse, die nach ihrer Berechnungsgrundlage mit den Rentenleistungen zunehmen (neben einem festen „Dauerbeitrag“ von 204 Mill. RM jährlich wird ein „Reichszuschuß“ zu jeder Rente gezahlt), eine um so größere Rolle für die Gesamteinnahmen.

Die wachsenden Überschüsse, die in den letzten Jahren erzielt werden konnten, sind also in der Hauptsache auf die Besserung des Beitragsaufkommens zurückzuführen. Sie betragen für 1936 in der Invalidenversicherung 281 Mill. RM und in der Angestelltenversicherung 288 Mill. RM. Das Vermögen ist dadurch bei der Invalidenversicherung auf 128 Mill. RM (1932: 1267 Mill. RM), in der Angestelltenversicherung auf 2967 Mill. RM (1932: 2076 Mill. RM) angewachsen.

Das Vermögen konnte aber auch deshalb in den letzten Jahren so rasch zunehmen, weil anders als in den Jahren 1927/29 diesmal nicht die Besserung der Einnahmen zu einer Steigerung der Leistungen verwandt wurde. Von dem Ausgleich bestimmter Härten abgesehen sind die Leistungen in ihren Sätzen unverändert geblieben.

Nichts zeigt deutlicher als die Entwicklung der letzten Jahre, wie auch das Schicksal der Sozialversicherung von dem Wohl und Wehe der Wirtschaft abhängt. Diese Abhängigkeit widerspricht aber dem Wesen der Rentenversicherung, deren Aufgaben und Ausgaben von den Wirtschaftsschwankungen unabhängig sind (oder sein sollten); sie wird um so rascher schwinden, je mehr die Vermögensansammlung fortschreitet und je mehr damit die Zinseinnahmen an Bedeutung gewinnen. Die Angestelltenversicherung ist auf diesem Wege bereits einen wesentlichen Schritt weiter als die Invalidenversicherung, und zwar nicht allein deshalb, weil die Angestelltenversicherung als junge Versicherung nur geringe Lasten zu tragen hatte, sondern auch deshalb, weil strukturelle Wandlungen in der Wirtschaft die Zahl der (beitragzahlenden) Angestellten viel rascher anwachsen ließen als die Zahl der Arbeiter¹⁾.

Die Finanzlage der Reichsanstalt und die Sanierung der sozialen Rentenversicherungen

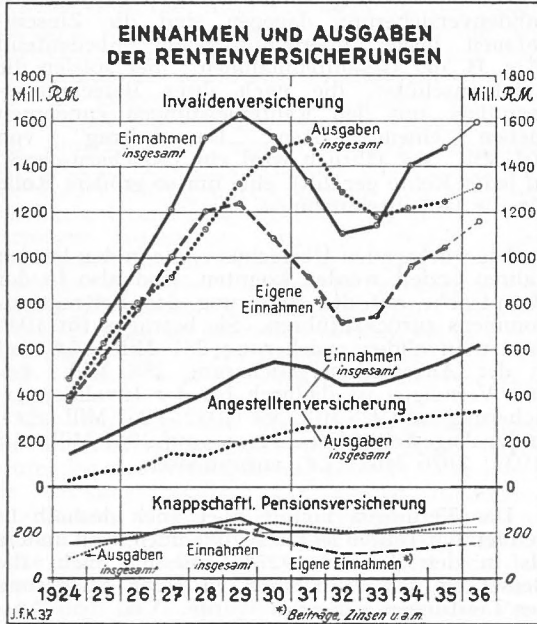
Die vorgesehene endgültige Sanierung der sozialen Rentenversicherungen hängt nach allem heute davon ab, ob und von wann an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung auf etwa 2% ihres Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung (bisher insgesamt $6\frac{1}{2}$ %) zugunsten der Rentenversicherungen verzichten kann. Durch die staatliche Arbeitsbeschaffungs-

²⁾ Die wichtigsten Wandlungen dieser Art sind im technischen Fortschritt, in der Betriebskonzentration, in der Zunahme der unselbstständigen Unternehmungsformen, in der Vernetzung und dem Ausbau des Kredit- und Handelsapparats zu suchen.

politik sind die Finanzen der Reichsanstalt von der Einnahme- und Ausgabeseite her außerordentlich entlastet worden (vgl. Zahlenübersicht). Die reinen Unterstützungsausgaben der Reichsanstalt sind von 2125 Mill. *RM* (1930/31) auf 567 Mill. *RM* (1936) zurückgegangen. Andererseits sind die Beitragseinnahmen von 992 Mill. *RM* (1932) auf 1539 Mill. *RM* (1936) gestiegen. Das hat die Reichsanstalt in die Lage versetzt, seit

maßnahmen haben in den Jahren 1932/33 bis 1936/37 mit insgesamt 1559 Mill. *RM* sogar schon die Summe der Zuschüsse und Darlehen um 281 Mill. *RM* überschritten, die das Reich in den Jahren 1927/28 bis 1930/31 der Reichsanstalt gewähren mußte. Trotz dieser hohen Ablieferungen an das Reich und trotz neuerdings steigender Verwaltungskosten (für die individuelle Arbeitsvermittlung) hat die Reichsanstalt ihren Haushalt in den letzten Jahren regelmäßig mit Überschüssen abschließen können. Die gegenwärtige Lage der Reichsanstalt läßt also einen Verzicht auf einen Teil ihres Beitragsaufkommens durchaus zu.

Man könnte die Frage aufwerfen, ob von der jetzigen Lage der Reichsanstalt aus, also praktisch von ihrem Status in einer Periode der Vollbeschäftigung, ein Finanzplan auf lange Sicht abgeleitet werden kann. Denn die Arbeitslosenversicherung hat ja ihrem Wesen nach die Eigentümlichkeit, daß ihre Finanzen — selbst bei nur vorübergehenden Schwankungen der Beschäftigung — gleich von zwei Seiten her belastet werden, von den sehr reagiblen Beitragseinnahmen und den ebenso reagiblen Unterstützungsausgaben für Arbeitslose. Es ist daher zweifellos angebracht, daß die Reichsanstalt über gewisse Reserven verfügt, um allenfalls auftretenden stärkeren Ansprüchen genügen zu können. Für jeden denkbaren Fall aber durch eine Rücklage vorzusorgen, hätte für die Reichsanstalt nur dann Sinn, wenn die Arbeitslosenunterstützung in Deutschland in jedem denkbaren Fall tatsächlich auch nach dem Versicherungsprinzip durchgeführt werden könnte. In den Jahren der Krise hat sich aber gezeigt, daß das Risiko der Arbeitslosigkeit für ein reines Versicherungssystem nicht vorausberechenbar ist, und daß eine Arbeitslosigkeit von dem Umfange, wie wir ihn in der letzten Krise erlebt haben, das Versicherungsprinzip sehr bald sprengt. Es kommt hinzu, daß der nationalsozialistische Staat durch seine Wirtschafts- und Finanzpolitik genügend Mittel und Wege hat, um einen Rückschlag in der Beschäftigung zu bekämpfen. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es durchaus folgerichtig, wenn die durch die Beiträge abgeschöpften Teile des Arbeitseinkommens in Zukunft in größerem Umfang als bisher dazu verwendet werden, die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung im Alter und bei Arbeitsunfähigkeit und die Sorge für die Hinterbliebenen durch die sozialen Rentenversicherungen wieder auf eine gesicherte eigene Grundlage zu stellen.



1934/35 gänzlich auf fremde Mittel (von Reich und Gemeinden) und ab Januar 1935 auch noch auf die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe zugunsten des Reiches zu verzichten. Ja, sie konnte sogar schon seit 1933 erhebliche Beträge aus eigenen Mitteln für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufwenden und weitere erhebliche Beträge an das Reich abliefern (1936 allein 673 Mill. *RM*). Die Ablieferungen an das Reich für Reichswohlfahrtshilfe, für sonstige Zwecke der Arbeitslosenhilfe, für die Invaliden- und Rentenversicherung und neuerdings auch für Arbeitsbeschaffungs-

Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt für A.V.A.V.

Mill. *RM*

Rechnungs- jahre	Einnahmen					Ausgaben					Überschuß (+) Fehlbetrag (—)
	Gesamt- ein- nahmen	Eigene Einnahmen			Fremde Mittel ^{1)*)}	Gesamt- ausgaben ²⁾	Unter- stützungs- ausgaben ³⁾	davon		Abliefe- rungen an das Reich	
		Insgesamt	Beitrags- aufkommen	Abgabe zur Arbeits- losenhilfe				Aufwen- dungen f. die Bekämpfung der Arbeits- losigkeit ⁴⁾	Kosten der Arbeitsver- mittlung und der Verwaltung		
1927/28 ⁵⁾	635,0	502,5	391,0	—	132,8	577,8	516,0	21,9	39,9	—	+ 57,5
1928/29 ..	1 206,6	871,4	835,9	—	335,2	1 317,2	1 169,2	46,7	94,7	—	—110,6
1929/30 ..	1 655,3	890,4	886,0	—	764,9	1 592,3	1 363,7	47,1	116,1	—	+ 63,0
1930/31 ..	2 303,6	1 194,2	1 190,3	—	1 109,4	2 328,5	2 125,4	28,9	123,9	—	— 24,9
1931/32 ..	2 251,1	1 289,4	1 283,4	—	967,7	2 218,5	2 059,7	32,0	115,5	—	+ 32,6
1932/33 ..	1 710,9	1 326,2	992,2	329,0	384,7	1 692,1	1 419,6	56,9	105,9	99,5	+ 18,8
1933/34 ..	1 660,6	1 538,2	1 007,3	526,7	122,4	1 696,5	1 026,8	238,1	108,5	316,0	— 35,9
1934/35 ..	1 485,8	1 483,0	1 217,7	262,8	2,8	1 482,7	787,4	297,3	106,4	288,5	+ 3,1
1935/36 ..	1 393,2	1 368,7	1 364,1	—	24,5	1 312,4	752,3	231,6	128,6	182,4	+ 80,8
1936/37 ⁶⁾	1 632,5	1 628,5	1 538,6	—	4,0	1 504,2	566,6	126,3	134,4	672,5	.

¹⁾ Reichszuschüsse u. -darlehen, Reichsanteile am Aufwand der Kru, Reichsmittel als Verwaltungskostenerstattung für die Kru, Gemeindeanteile am Aufwand der Kru. — ²⁾ Einschl. durchlaufende Posten. — ³⁾ Arbeitslosenunterstützung, Krisenunterstützung, Kurzarbeiterunterstützung. — ⁴⁾ Grundförderung (Maßnahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge), Maßnahmen zur Verhütung u. Beendigung der Arbeitslosigkeit, Landhilfe, Frauenarbeitsdienst, Förderung zusätzlicher Arbeitsvorhaben. — ⁵⁾ Okt. 1927 bis März 1928. — ⁶⁾ Vorläufige Zahlen.

Der Pfandleihkredit

Der von Pfandleihanstalten (gegen Faustpfand) gewährte Kredit (der zu den ältesten Kreditformen gehört) hat seine Bedeutung bis in die heutige Zeit behalten. Trotz einer vielseitigen Geschäftsentfaltung im Bank- und Kreditgewerbe hat kein anderes Kreditinstitut die eigentümliche Aufgabe des Pfandleihers übernommen. Doch haben sich innerhalb des Pfandleihgewerbes im Laufe der Zeit gewisse Veränderungen vollzogen: Einst gab die Pfandleihe im wesentlichen „Konsumtivkredit“; daneben hat dann aber der „Produktivkredit“ an das Kleingewerbe (Handwerk und Handel) immer mehr an Bedeutung gewonnen. Eine zweite Wandlung besteht darin, daß sich sowohl der „Privatmann“ als auch der Gewerbetreibende der Pfandleihen vor allem zur

Pfänder) im Jahr 1933 je Pfandleihanstalt (bei großen Unterschieden von Betrieb zu Betrieb) im Durchschnitt Kredite in Höhe von etwa 300 000 *RM* gewährt worden sind. Überträgt man diese Summe auf die Gesamtzahl der Leihhäuser (was im Rahmen ungefährer Schätzungen gestattet sein mag), so stellen sich die von den Pfandleihen gegebenen Kredite für 1933 im ganzen auf etwa 200 Mill. *RM*¹⁾. Dabei ist allerdings zu beachten, daß 1933 die Leihsumme verhältnismäßig niedrig war. Im Jahre 1930 (höchster Stand) haben die Pfandleihkredite rd. 300 Mill. *RM* betragen, 1934 (tiefster Stand) dürften sie bei etwa 185 Mill. *RM* gelegen haben. Danach haben sie wieder zugenommen. Für 1935 ergibt sich eine Leihsumme von knapp 200 Mill. *RM*²⁾ und für 1936 von 210 Mill. *RM*.

Bei diesen Angaben über die Leihsummen (Höhe der gewährten Kredite) ist zu beachten, daß diese Beträge ständig umgesetzt werden; dem laufenden Zugang an neu beliehenen und erneuerten Pfändern steht ein ständiger Abgang durch Einlösung (und evtl. Versteigerung) gegenüber.

Der Geschäftsgang im Pfandleihgewerbe

Nach Beendigung der Inflation war auch im Pfandleihgeschäft ein Neuaufbau notwendig (der sich im nebenstehenden Schaubild aus der Entwicklung der Leihsumme und der Pfänderzahl in den Jahren 1925 und 1926 deutlich erkennen läßt). In der folgenden, konjunkturell günstigen Zeit (1927 bis 1929) hat das Geschäft der Leihanstalten weiter zugenommen. Diese Entwicklung steht sicherlich im Gegensatz zu manchen „landläufigen“ Vorstellungen vom Pfandleihgeschäft;

Zum Geschäftsgang im Pfandleihgewerbe

Jahr	Leihsumme 1925/26 = 100 (auf Grund des Zuganges an neu beliehenen und erneuerten Pfändern)	Zahl der Pfänder 1925/26 = 100	Durchschnittlicher Leihbetrag in <i>RM</i>
1925/26	100,0	100,0	14,40
1927	115,3	111,1	14,95
1928	132,1	117,0	16,25
1929	147,5	127,0	16,50
1930	157,1	133,5	16,95
1931	148,9	133,0	16,10
1932	130,6	135,3	13,90
1933	111,3	130,5	12,90
1934	103,7	129,6	11,55
1935	110,4	139,2	11,45
1936	116,7	144,6	11,65

Überbrückung einer vorübergehenden Geldverlegenheit bedienen; die Inanspruchnahme in Fällen äußerster Not (wo von vornherein kaum an eine Einlösung des Pfandes gedacht ist) spielt im ganzen nur eine verhältnismäßig geringe Rolle.

Das Institut für Konjunkturforschung führt seit 1925 eine Statistik über den Geschäftsgang im Pfandleihgewerbe durch, an der sich eine große Zahl öffentlicher und privater Leihanstalten regelmäßig beteiligt. Diese Statistik ermöglicht einen interessanten Einblick in die Entwicklung dieses besonderen Zweiges des Kreditgewerbes.

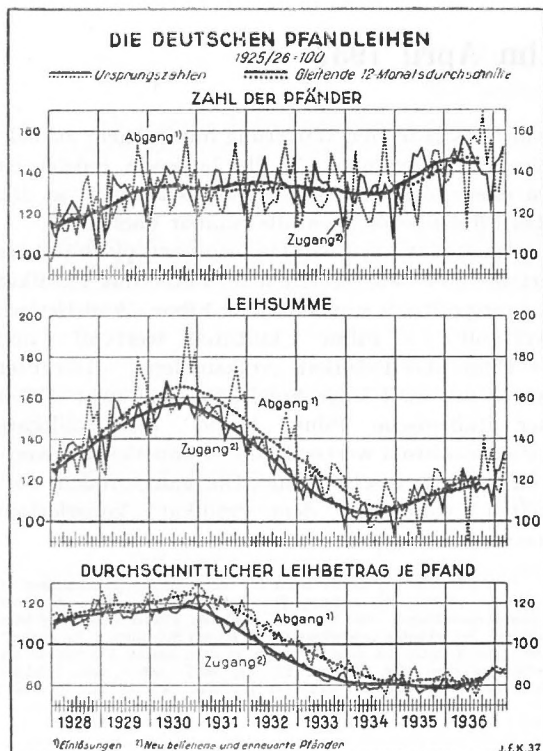
Umfang des Pfandleihgewerbes und Höhe der ausgeliehenen Kredite

Nach der gewerblichen Betriebszählung vom 16. Juni 1933 bestanden im Deutschen Reich 667 Leihhäuser, in denen 2061 Personen beschäftigt waren.

Eine auf repräsentativen Angaben beruhende Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung hat ergeben, daß (für neu beliehene und erneuerte

man meint, daß die Pfandleihen in der Krise am stärksten in Anspruch genommen werden müßten, im Aufschwung dagegen in geringerem Umfang. Diese Auffassung übersieht aber, daß — wie eingangs erwähnt — die Pfandleihen in hohem Maße dem Kleingewerbe Kredit geben; dessen Kreditwünsche sind im ganzen naturgemäß bei günstiger Wirtschaftslage und hoher Beschäftigung größer als in Krise und Depression. Immerhin erreichte die Leihsumme erst verhältnismäßig spät — im Jahre 1930 — ihren höchsten Stand, zu einer Zeit also, als die allgemeine Wirtschaftstätigkeit schon deutlich abwärts gerichtet war. Dies dürfte zu einem beträchtlichen Teil damit zusammenhängen, daß die Kunden der Pfandleihen mehr dem verbrauchswirtschaftlichen (als dem investitions-

¹⁾ Auf die beschäftigte Person entfiel 1933 eine Kreditsumme (Umsatz) von rd. 100 000 *RM*. — ²⁾ Diese Schätzung stimmt gut überein mit Angaben, die an anderer Stelle genannt worden sind. W. Gubalke schätzt für 1935 die „von 60 kommunalen und rd. 450 privaten Pfandleihen“ gewährten Kredite auf 150 bis 200 Mill. *RM* (vergl. Frankfurter Zeitung, Nr. 228/229 vom 5. Mai 1936).



wirtschaftlichen) Sektor angehören, und die Verbrauchsgüterwirtschaft erfahrungsgemäß erst relativ spät von der Krise erfaßt worden war.

In den Jahren nach 1930 haben sich Leihsumme und Zahl der Pfänder nicht mehr einheitlich entwickelt. Die Zahl der Pfänder ist bis Ende 1934 weitgehend stabil geblieben. Die Leihsumme ist aber scharf zurückgegangen; denn die durchschnittlichen Leihbeträge (Leihbetrag je Pfand) wurden im Zusammenhang mit dem Rückgang der Preise, mit dem Zwang zu vorsichtigerer Bewertung der Pfänder in der Krise sehr viel niedriger. Wie die folgende Übersicht zeigt, sank der durchschnittliche Leihbetrag bei den zur Statistik berichtenden Leihanstalten von 16,95 RM im Jahre 1930 auf 11,45 RM im Jahre 1935 (also um rd.

ein Drittel) und hat erst im vergangenen Jahre wieder etwas zugenommen. (Bei einer Beurteilung der absoluten Höhe dieser Zahlen ist zu beachten, daß sie einen Durchschnitt darstellen aus den Pfändern von relativ hohem Wert, die die Gewerbetreibenden einreichen, und den vergleichsweise geringwertigen Pfändern, die von privater Seite überbracht werden.)

Erst verhältnismäßig spät — seit der Jahreswende 1934/35 — hat sich der Geschäftsgang der Pfandleihen wieder belebt. Pfänderzahl und Leihsumme sind gestiegen, auch die Leihbeträge haben — allerdings nur schwach — zugenommen. Diese Entwicklung hat man offenbar als das Gegenstück zu dem erst sehr späten Einsetzen der Krise im Jahre 1930 anzusehen.

Das Filmangebot im April 1937

Mit 120 Normal- und 50 Schmalfilmen war das Angebot an in- und ausländischen Filmen aller Art im April 1937 etwas höher als im vorangegangenen Monat, jedoch geringer als im gleichen Vorjahrsmonat. Das Angebot an Normalfilmen in den Monaten Januar bis April 1937 war mit 531 Filmen ebenfalls niedriger als im Vorjahr (551 Normalfilme). Daraus lassen sich jedoch noch keine Schlüsse über das voraussichtliche Gesamtergebnis im Jahre 1937 herleiten. Die Filmsaison geht ihrem Ende entgegen. Die neue Saison beginnt in der Regel im Monat Juli, in dem die Programme für die folgende Spielzeit herauskommen; sie belebt sich vor allem in den darauf folgenden Monaten, in denen mit zunehmendem Theaterbesuch auch in wachsendem Umfang Filme zur Zensur und damit zum Angebot kommen. Der Theaterbesuch erreicht dann im Monat Januar im allgemeinen seinen Höhepunkt. Im Frühjahr geht er im Zusammenhang mit der

wärmer werdenden Witterung immer mehr zurück. Die Filmherzeugung für die laufende Saison ist zu dieser Zeit meist schon abgeschlossen, so daß das Filmangebot ebenfalls fühlbar nachläßt.

Im Monat April wurden insgesamt 69 Prädikate erteilt, und zwar erhielten 22 Filme das Prädikat „staatspolitisch wertvoll“, 12 Filme „künstlerisch wertvoll“, 4 Filme „kulturell wertvoll“ und 31 Filme das Prädikat „volksbildend“. Darunter waren nur zwei lange Spielfilme, und zwar erhielt der italienische Film „Mario“ die Prädikate „staatspolitisch wertvoll“ und „künstlerisch wertvoll“, der deutsche Film „Die ganz großen Torheiten“ wurde mit dem Prädikat „künstlerisch wertvoll“ ausgezeichnet¹⁾.

¹⁾ Methodisch sei hierzu bemerkt, daß, um Doppelzählungen zu vermeiden, Filme, die mehrere Prädikate erhalten haben, in diesen Zusammenstellungen nur mit dem höchsten Prädikat berücksichtigt werden. So erhielten beispielsweise die langen Spielfilme „Condottieri“ und „Die Tochter des Samurai“, die in dem letzten Filmbericht angeführt wurden (Nr. 19 vom 12. Mai 1937) neben dem Prädikat „staatspolitisch wertvoll“ noch das Prädikat „künstlerisch wertvoll“.

Das Filmangebot im April 1937 *

Filme nach Herkunft und Art

Herkunftsland ¹⁾	Filme insgesamt		davon											
			Spielfilme				Filme ohne Spielhandlung ²⁾				Schmalfilme			
	lange		kurze		lange		kurze		lange		kurze			
	Stück	Meter	Stück	Meter	Stück	Meter	Stück	Meter	Stück	Meter	Stück	Meter	Stück	Meter
Deutschland	*)162	60 170	4	9 845	12	6 391	5	8 634	91	24 898	5	3 407	45	6 995
Ver. Staaten v. Amerika	4	3 532	1	2 253	1	493	—	—	2	786	—	—	—	—
Italien	4	2 810	1	1 921	—	—	—	—	3	889	—	—	—	—
Insgesamt	170	66 512	6	14 019	13	6 884	5	8 634	96	26 573	5	3 407	45	6 995
davon Ausland	8	6 342	2	4 174	1	493	—	—	5	1 675	—	—	—	—

¹⁾ Errechnet aus den amtlichen Angaben der Filmprüf- und -überprüfstelle. — ²⁾ Ausländische Filme werden nach den Kontingentsbestimmungen ausgezählt, so daß z. B. im Falle einer deutsch-ausländischen Gemeinschaftsproduktion ein Film dem Lande zugerechnet wird, zu dem er nach den Kontingentsbestimmungen gehört. — ³⁾ Einschl. Wochenschaun. — ⁴⁾ Darunter 1 kurzer stummer Spielfilm, 17 stumme Filme ohne Spielhandlung, 3 Filme ohne Spielhandlung als Farbenfilme und 23 Schmalfilme als Tonfilme.

¹⁾ Errechnet aus den amtlichen Angaben der Filmprüf- und -überprüfstelle. — ²⁾ Ausländische Filme werden nach den Kontingentsbestimmungen ausgezählt, so daß z. B. im Falle einer deutsch-ausländischen Gemeinschaftsproduktion ein Film dem Lande zugerechnet wird, zu dem er nach den Kontingentsbestimmungen gehört. — ³⁾ Einschl. Wochenschauen. — ⁴⁾ Darunter 1 kurzer stummer Spielfilm, 17 stumme Filme ohne Spielhandlung, 3 Filme ohne Spielhandlung als Farbenfilme und 23 Schmalfilme als Tonfilme.

Anschrift des Herausgebers: Berlin-Charlottenburg 2, Fasanenstr. 6; Fernruf: 3180 71. — Verlag: Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 36, Ausgabe. — Versandort: Berlin. — Preßgesetzlich für die Redaktion verantwortlich: Dr. Gustav Lucae, Berlin. — Bezugspreis für den Jahrgang (einschl. Zustellung im Inland) RM 30.— bzw. (bei vierteljährlicher Zahlung) RM 7.75 je Vierteljahr. — Gedruckt in der Märkischen Druckanstalt G. m. b. H., Berlin N 65.

— Diese Nummer umfaßt sechs Textseiten und zwei Zahlenbeilagen —

Gegenstand	Einheit	Vorjahr									Gegenwart								
		6.-11. April 1936	13.-18. April 1936	20.-25. April 1936	27. April bis 2. Mai 1936	4.-9. Mai 1936	11.-16. Mai 1936	18.-23. Mai 1936	25.-30. Mai 1936	5.-10. April 1937	12.-17. April 1937	19.-24. April 1937	26.-30. April 1937	3.-8. Mai 1937	10.-15. Mai 1937	18.-22. Mai 1937	24.-29. Mai 1937		
		14	15	16	17	18	19	20	21	14	15	16	17	18	19	20	21		
Woche:																			
1. Tätigkeitsgrad																			
Gesamtzahl der Arbeitslosen ¹⁾	1 000	.	.	.	1762,8	.	.	.	1491,2	.	.	.	960,8	.	.	.	.	.	.
darunter:																			
Hauptunterstützungsempfänger ²⁾ *)					283,3				202,3				549,0						
in der Arbeitslosenversicherung					706,9				640,1										
in der Krisenunterstützung					282,5				245,5				110,5						
Wohlfahrtsverwerbslose					1831,2				1705,0				1454,4						
Arbeitslosigkeit, Großbritannien ³⁾																			
Produktion, arbeitstäglich																			
Steinkohle im Ruhrrevier	1 000 t	332,7	345,3	323,7	345,7	344,0	336,6	350,7	350,0	415,5	420,1	419,2	434,0	417,6	433,2	411,8	.	.	.
— in Deutsch-Oberschlesien		58,8	66,9	65,7	64,9	66,2	64,8	65,3	64,1	79,7	80,6	80,0	80,4	82,2	79,6	.	.	.	.
Kokserzeugung im Ruhrrevier		67,0	65,6	68,5	68,2	69,9	70,6	71,6	75,4	81,8	81,8	82,3	83,4	82,5	82,7	82,5	.	.	.
Steinkohle, Großbritannien ⁴⁾		829,0	648,5	804,4	778,2	769,1	771,3	753,7	744,3	886,3	884,1	866,1	824,9	838,2	717,1	.	.	.	.
Verkehr, arbeitstäglich																			
Wagenstellung der Reichsbahn	1 000	129,9	129,7	120,3	133,6	134,2	136,5	143,1	140,3	146,1	145,0	143,1	149,1	151,1	147,3	146,8	.	.	.
Kreditsicherheit																			
Vergleichsverfahren	Anzahl	7	6	14	13	15	23	13	5	9	13	13	11	.	.	.	.	.	.
Erfolgte Konkurse		38	33	53	42	62	65	53	40	52	63	52	49	.	.	.	.	.	.
Reichsbank																			
Gold- und Devisenbestand	Mill. RM	72	72	74	75	76	75	77	75	73	74	74	74	74	74	74	.	.	.
Kapitalanlagen		4878	4764	4493	5056	4860	4719	4658	5242	5217	4986	4839	5620	5437	5165	4946	.	.	.
darunter:																			
Wechsel- und Lombardkredite		4231	4135	3903	4497	4312	4180	4120	4704	4761	4541	4410	5204	5021	4750	4531	.	.	.
Deckungsfähige Wertpapiere		327	309	270	240	229	219	219	219	145	133	118	106	105	105	104	.	.	.
Depositen (täglich fällige Verbindlichkeiten)		699	776	722	688	686	650	747	729	816	789	764	794	776	736	779	.	.	.
Bundes-Reserve-Banken U.S.A.																	.	.	.
Diskontierte Wechsel	Mill. \$	5,5	6,2	5,3	5,3	4,6	4,8	4,8	4,8	8,2	11,1	7,7	11,0	16,8	5,7	15,3	15,7	.	.
Regierungssicherheiten		2430,3	2430,3	2430,3	2430,3	2430,3	2430,3	2430,3	2430,3	2459,1	2486,6	2486,6	2526,2	2526,3	2526,3	2526,3	2526,3	.	.
Zahlungsverkehr																			
Geldumlauf	Mill. RM	6114	5999	5733	6350	6084	5989	5860	6438	6481	6309	6187	6937	6750	6530	6261	.	.	.
davon Reichsbanknoten		4139	4061	3876	4348	4147	4077	3978	4490	4646	4498	4390	4979	4816	4638	4438	.	.	.
Postcheckverkehr ⁵⁾		1231	1270	1368	1225	1413	1341	1045	1487	1583	1529	1385	1476	1362	1653	1268	.	.	.
Postcheckguthaben (Bestände)		694	659	665	623	633	618	622	631	718	698	695	694	769	743	726	.	.	.
2. Wertbewegung																			
Zinssätze																			
Reichsbankdiskont	% p. a.	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
Debitzinsen ⁶⁾		6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5
Kreditzinsen ⁷⁾		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Blankotagesgeld		3,00	2,88	2,65	3,18	3,13	2,81	2,48	2,88	2,75	2,42	2,13	2,55	2,80	2,88	2,58	2,52	2,52	2,52
Monatensgeld ⁸⁾		3,13	3,13	3,13	3,13	3,13	3,13	3,13	3,13	3,03	3,11	3,09	3,07	3,01	3,06	3,09	3,09	3,09	3,09
Privatdiskont		3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	2,92	2,88	2,88	3,00	2,90	2,88	2,88	2,88	2,88	2,88	2,88	2,88	2,88
Warenwechsel mit Bankgiro ⁹⁾		4,13	4,13	4,13	4,13	4,13	4,13	4,13	4,13	3,32	3,21	3,33	3,20	3,27	3,19	3,28	3,18	3,18	3,18
Normale Spareinlagen		3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Rendite der 4 1/2 % Pfandbriefe		4,69	4,69	4,69	4,69	4,68	4,68	4,68	4,67	4,56	4,55	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54
Call money New York		0,75	0,75	0,75	0,75	0,75	0,75	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Privatdiskont London		0,56	0,56	0,55	0,55	0,55	0,55	0,55	0,56	0,55	0,55	0,55	0,55	0,55	0,55	0,55	0,55	0,55	0,55
„ Zürich		2,25	2,25	2,25	2,25	2,25	2,25	2,25	2,25	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
„ Amsterdam		1,20	1,19	1,15	1,33	2,01	2,24	2,21	2,71	0,19	0,19	0,19	0,19	0,19	0,19	0,19	0,19	0,19	0,19
Effektenmarkt																			
Festverz. 4 1/2 % Wertpapiere																			
Kursniveau, gesamt ¹⁰⁾	v. H.	95,35	95,38	95,35	95,36	95,39	95,41	95,56	95,67	98,20	98,52	98,69	98,75	98,79	98,80	98,80	98,81	98,81	98,81
—, Pfandbriefe		96,00	96,03	96,02	96,03	96,07	96,09	96,23	96,35	98,62	98,90	99,04	99,08	99,07	99,07	99,07	99,07	99,07	99,07
—, Kommunal-Obligationen		94,07	94,08	94,02	94,03	94,04	94,04	94,11	94,19	97,59	97,59	97,86	98,02	98,16	98,22	98,24	98,23	98,23	98,23
—, Öffentliche Anleihen ¹¹⁾		93,77	93,86	93,75	93,78	93,78	93,82	94,20	94,26	97,53	97,92	98,10	98,11	98,22	98,23	98,22	98,22	98,22	98,22
5 % Industrie-Obligationen ¹²⁾		102,67	102,94	103,04	102,96	103,09	103,22	103,43	103,43	101,94	102,32	102,39	102,49	102,21	102,26	102,09	102,15	102,15	102,15
Aktienindex, gesamt	1924/26 = 100	95,6	96,2	96,8	97,5	97,7	99,3	100,2	100,4	109,5	110,8	111,6	111,2	111,2	111,5	112,0	112,3	112,3	112,3
—, Bergbau und Schwerindustrie		103,6	104,3	105,0	105,8	106,1	107,9	108,6	108,9	120,0	121,5	122,7	122,0	121,9	122,0	122,4	123,0	123,0	123,0
—, Verarbeitende Industrie		88,4	89,1	89,9	90,6	90,8	92,3	93,2	93,5	102,1	103,3	104,0	103,8	103,9	104,1	104,5	104,8	104,8	104,8
—, Handel und Verkehr		100,7	101,0	101,2	101,9	102,0	103,5	104,6	104,8	112,8	113,8	114,7	114,3	114,3	114,9	115,4	115,8	115,8	115,8
Devisenkurse in Berlin																			
New York	RM je \$	2,4863	2,4884	2,4895	2,4902	2,4857	2,4872	2,4886	2,4886	2,4908	2,4912	2,4900	2,4900	2,4918	2,4918	2,4942	2,4948	2,4948	2,4948
London	RM je £	12,31	12,30	12,29	12,30	12,35	12,36	12,37	12,41	12,21	12,23	12,27	12,31	12,31	12,31	12,33	12,33	12,33	12,33
Paris	RM je 100fr	16,40	16,41	16,40	16,40	16,36	16,40	16,39	16,39	11,33	11,12	11,08	11,10	11,18	11,16	11,14	11,15	11,15	11,15
Warenpreise																			
Indexziffern																			
Reagible Waren ¹⁴⁾	1913 = 100	74,6	74,5	74,4	74,6	74,7	74,5	74,5	74,2	82,1	80,4	79,6	79,4	79,4	79,4	79,0	79,8	79,8	79,8
Großhandelspreise (gesamt)		103,7	103,8	103,8	103,7	103,7	103,7	103,7	103,8	106,2	105,9	105,6	105,6	105,6	105,8	105,8	105,9	105,9	105,9
Agrarstoffe		105,0	105,3	105,1	104,9	105,3	105,3	105,4	105,4	104,3	104,3	103,6	103,6	104,0	104,1	104,1	104,0	104,0	104,0
Industrielle Rohstoffe u. Halbwaren		93,5	93,5	93,5	93,5	93,1	93,1	93,1	93,1	97,8	97,0	96,7	96,6	96,3	96,4	96,5	96,6	96,6	96,6
darunter: Fertigwaren		120,3	120,2	120,3	120,3	120,4	120,5	120,5	120,6	123,6	123,7	123,8	124,1	124,1	124,2	124,2	124,3	124,3	124,3
Produktionsgüter		112,9	112,9	112,9	112,9	112,9	112,9	112,9	112,9	113,2	113,2	113,2	113,2	113,2	113,2	113,2	113,2	113,2	113,2
Verbrauchsgüter		125,9	125,9	125,9	125,9	126,1	126,2	126,2	126,4	131,5	131,7	131,9	132,3	132,3					

